

"Regierungswechsel in Syrien ändert nicht Machtstruktur"

Von Klaus Huhold

- Arabisches Land erhält nach Protesten neues Kabinett.
- Nahost-Experte: Militär könnte sich spalten.

Damaskus/Wien. In Syrien ist die Regierung zurückgetreten. Sie soll durch ein neues Kabinett ersetzt werden. Zudem hat Präsident Bashar al-Assad Reformen versprochen. Es ist dies eine Reaktion auf die Proteste, von denen der Polizeistaat erfasst wurde und bei denen Sicherheitskräfte dutzende Demonstranten töteten.

Was die Situation zusätzlich heikel macht: In dem Einparteienstaat leben verschiedene Gruppen zusammen. Die Familie des Präsidenten entstammt der Minderheit der Alawiten, einer Abspaltung des schiitischen Islam. Daneben gibt es eine christliche und eine kurdische Minderheit, während arabische Sunniten die Mehrheit im Land bilden. Ein Gespräch mit dem Nahost-Experten Carsten Wieland über die Entwicklungen in dem Land.



Wieland: "Assad ist nicht der Einzige, der in Syrien entscheidet."
Foto: privat

Wiener Zeitung: "Ändert der Rücktritt der Regierung irgendetwas an der Machtstruktur?"

Carsten Wieland: Nein. Die Regierung hat ja öfters schon gewechselt. Das ist wohl Schadensbegrenzung. Wenn man die Gesichter austauscht, kann man die Strukturen behalten. Allerdings geraten diese ins Wanken, wenn das Regime seine Versprechen einlöst. Nämlich ein neues Parteiengesetz und die Aufhebung des Notstandsgesetzes.

Das Muster erinnert an andere arabische Staaten, etwa an Ägypten. Zunächst wird auf Demonstranten geschossen, dann gibt es Reformversprechen. Wie gefährdet sehen Sie Präsident Assad?

Ich denke, dass auch andere Länder ein Umsturz getroffen hat, bei denen man sagte, das könnte nie passieren. Man hat immer viele Vergleiche zwischen Ägypten und Syrien gezogen, etwa was die Stärke des Geheimdienstes angeht. Dennoch ist der große Unterschied in Syrien, dass es eine ideologische Klammer zwischen der Bevölkerung und dem Präsidenten gibt, nämlich mit Blick auf die Außenpolitik gegenüber Israel und den USA. Es gibt ein gemeinsames Bedrohungsgefühl, das vor allem durch die militaristische Außenpolitik im Nahen Osten von Ex-US-Präsident George W. Bush entstanden ist. Es gab Pläne, nach dem Irak-Krieg in Damaskus einzumarschieren.

Welche Rollen spielen nun die verschiedenen Religionsgruppen?

Der bisherige Frieden zwischen den Religionsgruppen ist ein weiterer Punkt. Syrien ist ein viel heterogeneres Land als etwa Ägypten. Ein Land, das sehr schnell in sektiererische Unruhe verfallen könnte. Was ja auch zum Teil geschürt wird. Die Botschaft soll lauten: Ihr habt entweder Stabilität, oder ihr habt das Chaos, das man ja in der Nachbarschaft schon im Irak gesehen hat.

Aber ist der Aufstand nun der einer Demokratiebewegung gegen die Diktatur, oder der einer

sunnitischen Gruppe gegen den alawitischen Machtzirkel?

Da überlappt sich einiges. Das Regime hat nicht nur eine Politik von Alawiten für Alawiten gemacht. Es ist ein alawitisch geprägtes Regime, das eine Politik gemacht hat, die verschiedenen Gruppen zugute kam, vor allem Minderheiten, etwa zum Teil Christen. Und gemäßigte Sunniten haben das Regime auch unterstützt. Insofern glaube ich, sind die Forderungen eines Großteil der Protestierenden dieselben wie in Ägypten oder Tunesien: Ende der Korruption, Ende des Ausnahmezustandes, mehr Freiheiten. Das ist der Grundtenor. Dass aber nebenher oder in Zukunft daraus sektiererische Unruhen werden oder bewusst gemacht werden, das ist nicht auszuschließen.

Wie mächtig ist denn Präsident Bashar al-Assad überhaupt?

Er ist nicht der Einzige, der entscheidet. Es war auch in der Vergangenheit so, dass es andere Interessen und Gegenkräfte gab. Etwa seinen Bruder Maher al-Assad (Anführer der Präsidentengarde, Anm.) oder seinen Verwandten Rami Makhlouf, dem Mobilfunkketten gehören und der nun zur Zielscheibe der Proteste wurde. Da gibt es viel Willen zum Machterhalt innerhalb des Clans, und Bashar al-Assad hat da in der Vergangenheit nicht immer das letzte Wort gehabt.

Es heißt ja, dass der Präsident auf das Militär zählen kann. Viele Führungskader sind schließlich Alawiten.

Das ist wohl etwas zu kurz gedacht. Die Volksarmee besteht aus Wehrpflichtigen aus den verschiedenen Gruppen des Landes. Sie ist sehr schlecht ausgerüstet, die Soldaten werden extrem schlecht bezahlt und von ihren Vorgesetzten missbraucht, etwa dafür, dass sie Häuser bauen anstatt in den Dienst zu gehen. Ich glaube, die Volksarmee würde sich, wenn es zu einer extremen Gewaltsituation kommt, nicht gegen die eigene Bevölkerung stellen, weil die Soldaten unter den jetzigen Bedingungen leiden und auch aus den Dörfern kommen, auf die sie dann schießen sollten. Anders wird es bei den sehr gut ausgerüsteten und dem Präsidenten sehr nahestehenden Elitetruppen sein. Insofern könnte das Szenario eintreten, dass sich das Militär spaltet.

Carsten Wieland (<http://www.carsten-wieland.de>) ist Politologe und Buchautor (Syrien nach dem Irak-Krieg)!



Printausgabe vom Mittwoch, 30. März 2011
Online seit: Dienstag, 29. März 2011 19:16:00

Kommentar senden:

Name:

Mail:

Überschrift:

Text (max. 1500 Zeichen):

Postadresse:*

H-DMZN07

Bitte geben sie den Sicherheitscode aus dem grünen Feld hier ein. Der Code besteht aus 6 Zeichen.



Senden

* Kommentare werden nicht automatisch veröffentlicht. Die Redaktion behält sich vor Kommentare abzulehnen. Wenn Sie eine Veröffentlichung Ihrer Stellungnahme als Leserbrief in der Druckausgabe wünschen, dann bitten wir Sie auch um die Angabe einer nachprüfbaren Postanschrift im Feld Postadresse. Diese Adresse wird online nicht veröffentlicht. Bitte beachten Sie unsere [Feedback-Regeln](#).

Wiener Zeitung · 1040 Wien, Wiedner Gürtel 10 · Tel. 01/206 99 0 · Mail: online@wienerzeitung.at